

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen: 6 % mehr!

Bundestarifkommission des dbb gab am 14. Dezember 2016 Forderungen bekannt

Anfang 2015 konnte nach monatelangen Verhandlungen die Entgeltordnung für Lehrkräfte zwischen den Tarifpartnern, dem dbb beamtenbund und tarifunion und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), ausgehandelt werden. Erstmals in der Tarifgeschichte gibt es seitdem einen Tarifvertrag für Lehrkräfte. In der Einkommensrunde 2017 soll dieser weiterentwickelt werden.



6% inkl. sozialer Komponente
EINKOMMENSRUNDE 2017

Die Kernpunkte für Lehrkräfte sind neben einer linearen Erhöhung:

- Einführung einer Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9
- Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte (Erhöhung der Angleichungszulage)
- Stufengleiche Höhergruppierung
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten der Länder und Kommunen
- Mindestbetrag als soziale Komponente
- Laufzeit 12 Monate

Der VBE setzt sich zudem dafür ein, dass die Ergebnisse der Verhandlungen für die Tarifbeschäftigten auf den Beamtenbereich übertragen werden.

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, erklärte: „Für uns steht getreu dem Motto ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ die Realisierung der Paralleltabelle ganz oben auf der Agenda. Es ist nicht hinnehmbar, dass tarifbeschäftigte Lehrkräfte für die gleiche Arbeit mehrere hundert Euro weniger in der Tasche haben als ihre verbeamteten Kollegen.“ Ergänzend sagte der im VBE für den Tarifbereich zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende, Jens Weichelt: „Die Einführung der Erfahrungsstufe 6 ist ein wichtiger Punkt, um eine höhere Wertschätzung für die verantwortungsvolle Tätigkeit tarifbeschäftigter Lehrkräfte zu erreichen.“

Die gleichen Probleme, aber ungleiche Voraussetzungen

Die wachsenden Herausforderungen an den Lehrerberuf und die damit verbundene Aufgabenfülle sind nicht länger mit der in der Arbeitszeitverordnung vorgesehenen Zeit in Einklang zu bringen. Dies stellten die für Beamtenpolitik zuständigen Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände des VBE bei ihrer jährlichen Tagung fest. Sie kamen vom 27. bis 29. November 2016 in Fulda zusammen.



Weitere Themen waren das sich seit der Föderalismusreform auseinanderentwickelte Laufbahnrecht in Deutschland, die vorausschauende Planung des Lehrbedarfs und damit verbunden die bedarfsgerechte Ausbildung des Lehrernachwuchses und die unzureichende Wahrnehmung der Fürsorgepflicht seitens des Dienstherren. Gerade erst hatte der VBE mit der Veröffentlichung der von ihm in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage „Gewalt gegen Lehrkräfte“ auf die fehlende Unterstützung des Dienstherren hingewiesen.

Die Zuständigen für Beamtenpolitik fordern daher neben einem höheren Engagement der Kultusministerien und der Gewährung des Rechtsschutzes, dass alle Lehrkräfte mit dem Einstiegsamt A13 zu verbeamteten sind und die Professionalität des Lehrerberufs durch die Sicherung von Mindeststandards in der pädagogischen Ausbildung gewahrt werden muss.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten ein deutliches Zeichen gegen die Verrohung der Sprache und Umgangsformen. Sie unterstützen das BLLV-Manifest: Haltung zählt!